

# Nepal im Überblick

## zusammengestellt von Thomas Döhne

### Anti-Geldwäschegesetze blockiert

Versuche der maoistisch geführten Regierung, drei Gesetzesvorlagen gegen Geldwäsche und andere illegale Finanztransaktionen im Parlament zu verabschieden, sind Mitte Februar an der Opposition der maoistischen Hardliner-Fraktion gescheitert. Nepal hatte sich vor zwei Jahren international verpflichtet, diese Gesetze noch im Jahr 2010 zu verabschieden. Da dies bis heute nicht geschehen und die von der *Financial Action Task Force* (FATF), einem globalen Antigeldwäsche-Netzwerk, gesetzte Frist am 13. Februar abgelaufen ist, droht das Land nun auf eine schwarze Liste gesetzt zu werden, auf der zur Zeit nur Iran und Nordkorea zu finden sind. Falls dies geschieht, verliert Nepals Finanzsystem seine internationale Glaub- und Kreditwürdigkeit, was sich sowohl nachteilig auf Zahlungen im Rahmen der Entwicklungshilfe als auch auf die Investitionsbereitschaft von ausländischen Investoren auswirken kann. Dies droht ausgerechnet zu jenem Zeitpunkt, wo das Mitte April beginnende nepalische Kalenderjahr 2069 (2012/2013) von der Regierung zum "Jahr der Investitionen" erklärt wurde.

### Nepalis mit falschen Pässen in Kabul festgenommen

In Kabul wurden Mitte Februar 21 Nepalis mit gefälschten Pässen und Visa wegen illegaler Einreise nach Afghanistan festgenommen. Nach Angaben des afghanischen Innenministeriums seien die Betroffenen von nepalischen Schleppern eingeschleust worden, die ihnen lukrative Jobs in europäischen Ländern versprochen hatten. Die Vorfälle würden – so das Innenministerium – untersucht und Vorbereitungen getroffen, um die Festgenommenen möglichst schnell nach Nepal zurück zu schicken. In den vergangenen Jahren sind bereits zahlreiche Nepalis nach Afghanistan gegangen, um dort als Hilfspersonal in Kantinen der amerikanischen Streitkräfte oder für private Sicherheitsdienste zu arbeiten. Bisher hat die nepalische Regierung jedoch Afghanistan nicht als offizielle Destination für Arbeitsmigranten anerkannt. Der nepalische Botschafter in Pakistan, Bal Bahadur Kunwar, hat zugesagt weitere Informationen zu

dem Fall einzuholen und sich bei den afghanischen Behörden auf diplomatischem Weg um eine Freilassung der Festgenommenen zu bemühen.

### Informelle Geldtransfers und Kapitalflucht

Erhebliche Geldmengen werden mittels des *Hundi* genannten Systems informeller, d.h. nicht von der Zentralbank genehmigter Geldtransfers der staatlichen Kontrolle entzogen und ins Ausland transferiert. Diese illegalen Transaktionen werden von einem kleinen, etwa 30-köpfigen Netzwerk durchgeführt. An wirklich großen Deals sind nach Ansicht von Upendra Kanta Aryal, Direktor des *Central Bureau of Investigation* (CBI), nicht mehr als zehn Personen beteiligt. Bisher wurde nur in einem Fall ermittelt. Der Polizei wird vorgeworfen, sie ließe sich durch Bestechungsgelder kaufen und würde deshalb nichts unternehmen. Laut Baikuntha Aryal, dem Staatssekretär im Finanzministerium, erleichtert *Hundi* nicht nur Kapitalflucht und Geldwäsche. Auch Steuerbetrug durch Unterbezahlung bei Importen werde begünstigt, indem Verkäufern zusätzliche Geldbeträge per *Hundi* übermittelt werden, während die beim Zoll vorgelegten Rechnungen entsprechend niedrigere Beträge ausweisen. Der genaue Umfang des über *Hundi* transferierten Geldes ist nicht bekannt. Allerdings liegen beispielsweise offizielle Geldtransfers aus Korea, die eigentlich einen Umfang von 9 Milliarden auf US-Dollar haben müssten, zurzeit bei unter einer Milliarde. „Der Rest“, so meint Ariyal, „wird illegal über das *Hundi*-System abgewickelt.“ Eine kürzlich vom UNDP veröffentlichte Studie über illegale Kapitalbewegungen in Entwicklungsländern besagt, dass zwischen 1990 und 2008 allein in Nepal 9,1 Milliarden US-Dollar illegal ausgeführt wurden. Das entspricht einem jährlichen Durchschnitt von über 480 Millionen US-Dollar. Für jeden Dollar, der im Rahmen der offiziellen Entwicklungshilfe ins Land geflossen ist, hätten, so die UNDP Studie, zugleich 1,1 US-Dollar das Land illegal verlassen.

### Tod von Arbeitsmigrant/-innen im Ausland

Über 1.300 nepalische Arbeitsmigrant/-innen haben in den letzten dreieinhalb Jahren im Ausland ihr

Leben verloren. Dies geht aus einer Studie hervor, die vom Außenministerium in Zusammenarbeit mit dem *Foreign Employment Board* durchgeführt wurde. Der Bericht, der als "nur für internen Gebrauch bestimmt" klassifiziert ist, sieht fehlende Vorbereitung und Orientierung der Arbeitsmigrant/-innen zu Fragen des Arbeitsschutzes, zu Verkehrsregeln und -sicherheit, Klimabedingungen sowie zu Vorsichtsmaßnahmen beim Aufenthalt in den betreffenden Ländern als Hauptursache für die hohe Anzahl der Todesfälle. Nach offiziellen Angaben arbeiten ungefähr 2,7 Millionen Nepalis im Ausland. Die Zahl der illegal dort lebenden Nepalis ist dabei nicht erfasst. Hinsichtlich der Todesursachen werden in dem Bericht folgende Angaben gemacht: 299 Arbeiter/-innen starben eines "natürlichen Todes", 120 begingen Selbstmord, 185 starben bei Verkehrsunfällen, 100 wurden getötet, 76 starben an Herzattacken, 292 in Folge von respiratorischen Problemen und 183 aufgrund "anderer" Ursachen. Die meisten waren zwischen 20 und 50 Jahren alt. Die Todesfälle traten in folgenden Ländern auf: 441 starben in Malaysia, 350 in Saudi Arabien, 306 in Katar, 125 in den Vereinigten Arabischen Emiraten, 21 in Kuwait, neun in Süd-Korea und 64 in anderen Ländern. In diesen Zahlen sind allerdings jene Toten nicht enthalten, deren Leichen privat von Familienangehörigen nach Nepal rückgeführt wurden.

### **Betrug bei der Nahrungsmittelverteilung**

Bei der Verwendung von Hilfsgeldern des UN Welt-ernährungsprogramms WFP im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe soll es im Baitadi Distrikt zu massiven Unregelmäßigkeiten gekommen sein, an denen hohe Distriktbeamte wie der *Chief District Officer* (CDO), der *Local Development Officer* (LDO) sowie Vertreter der politischen Parteien beteiligt gewesen sein sollen. Die Antikorruptionsbehörde CIAA hat die lokale Verwaltung aufgefordert, den Vorfall zu untersuchen. Die Beschuldigten sollen Reis und Getreide im Wert von 3,9 Millionen Rupien unterschlagen und verkauft haben. Die Nahrungsmittel waren vom WFP bereitgestellt worden und zur Verteilung an Arbeiter vorgesehen, die im Rahmen eines ländlichen Entwicklungsprogramms eine Straße von Suilek nach Bhatana bauen.

### **Maoisten wollen Transaktionen der Konfliktzeit legalisieren**

Während der Zeit des bewaffneten Aufstands hat der damalige Revolutionsrat der UCPN (Maoist) allein in fünf Distrikten Westnepals (Rolpa, Rukum, Salyan, Jajarkot und Kalikot) mehr als 12.000 Land-

und Hausverkäufe vermittelt und genehmigt, und für jede Transaktion zwischen 500 und 700 Rupien Bearbeitungsgebühr erhoben. Viele dieser Verkäufe kamen unter Zwang zustande und wurden nicht bei der zuständigen staatlichen Behörde registriert. So klagten ehemalige Verkäufer darüber, dass sie zum Verkauf gezwungen wurden und ihr Eigentum unter Preis verkaufen mussten. Zudem haben Käufer keine offiziellen Papiere, die sie als rechtmäßige Eigentümer des von ihnen genutzten Landes ausweisen. Im Februar ist der Versuch der maoistisch geführten Regierung gescheitert, diese Deals aus der Konfliktzeit per Abstimmung im Parlament nachträglich zu legalisieren. Nachdem das Oberste Gericht eine einstweilige Verfügung gegen die Parlamentseingabe der Regierung erlassen hatte, sah diese sich gezwungen, die Eingabe bis auf weiteres zurückzuziehen.

### **Soziales Sicherungsnetz für die Ärmsten der Armen**

Die nepalische Regierung plant die Einrichtung eines sozialen Sicherungsnetzes für all jene, die unter der Armutsgrenze leben. Sie will den Unterprivilegierten zukünftig garantieren, dass sie 100 Tage im Jahr eine bezahlte Anstellung ausüben können. Die Nationale Planungskommission (NPC) hat bereits einen entsprechenden Gesetzesentwurf verfasst und zur Genehmigung ans Finanzministerium weiter geleitet. Die Zustimmung des Finanzministeriums ist wichtig, da das Vorhaben ein jährliches Budget von zwei Milliarden Rupien (ca. 20 Mio Euro) erforderlich macht. Der von der NPC eingereichte Vorschlag sieht vor, dass mindestens ein erwachsenes Mitglied der betreffenden Familien einen solchen Job bekommt. Sowie das Gesetz verabschiedet ist, sollen diejenigen Haushalte ermittelt werden, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt. Nach der neuesten Untersuchung zum Lebensstandard in Nepal leben 25,16 Prozent der Gesamtbevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (Quelle: *Third Nepal Living Standards Survey (NLSS-III)* durchgeführt vom *Central Bureau of Statistics (CBS)* in 2010 and 2011 mit technischer Unterstützung durch die Weltbank). Bei einer Bevölkerung von ca. 26,62 Millionen und einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 4,7 Personen wird davon ausgegangen, dass mindestens 1,42 Millionen Haushalte arm sind. Die Regierung müsste also 1,42 Millionen Menschen mindestens 100 Tage Arbeit im Jahr garantieren. Die Betroffenen sollen selbst mitentscheiden können, welche Tätigkeit sie ausüben wollen.

### Weltbank prognostiziert 3,5 Prozent Wirtschaftswachstum

Während die Regierung für das laufende Haushaltsjahr mit einem Wachstum von 5 Prozent rechnet, geht die Weltbank in ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht zur globalen wirtschaftlichen Vorschau (GEP) 2012 von nur 3,5 Prozent Wirtschaftswachstum aus. Als Gründe werden Risiken aus der Schuldenkrise in der Eurozone, verringertes Wachstum in Industrieländern und dessen Auswirkungen auf Entwicklungsländer sowie deren Exporte und sinkende Geldüberweisungen (Remittanzen) von Arbeitsmigrant(inn)en angegeben. Die Voraussagen der Weltbank für die Haushaltsjahre 2012/2013 und 2013/2014 liegen bei 3,6 bzw. vier Prozent.

### Korruptionsverdacht gegen Gesundheitsminister

Der Minister für Gesundheit und Bevölkerung Rajendra Mahato steht unter Korruptionsverdacht. Eine entsprechende Beschwerde wurde bei der Antikorruptionsbehörde CIAA (*Commission for the Investigation of Abuse of Authority*) eingereicht. Mahato soll hohe Summen für die Vergabe leitender Positionen in seinem Ministerium verlangt und erhalten haben. Die Klage stammt von Beamten aus dem Ministerium für Gesundheit und Bevölkerung und besagt, er habe allein fünf Millionen Rupien für die Ernennung eines Staatssekretärs kassiert. Für die Besetzung einer Reihe anderer Leitungspositionen habe er insgesamt 50 Mio Rupien eingesammelt. CIAA hat mit Untersuchungen zu dem Fall begonnen.

### Armeerekrutierung von 3000 Madeshis vorerst gestoppt

Die von der Regierung angekündigte Rekrutierung von 3000 Madeshi Jugendlichen ist vom Obersten Gericht per einstweiliger Verfügung gestoppt worden. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass die massenhafte Aufnahme von Angehörigen einer spezifischen ethnischen Gruppe im Namen der Inklusion gegen den Geist der Interimsverfassung verstoße. Jeder Versuch, die Armee ethnisch stärker zu diversifizieren, müsse die Inklusion von Angehörigen aller benachteiligten Gruppen, darunter auch Madeshis, Dalits, und Frauen zum Ziel haben. Die Regierung wurde aufgefordert, innerhalb von 15 Tagen ihre Gründe für die Anfechtung der Gerichtsentscheidung darzulegen. Das Oberste Gericht hatte sich veranlasst gesehen einzugreifen, da die Regierung nicht den erforderlichen Rechtsweg eingehalten habe. Gemäß Artikel 144 (4) (A) der Verfassung muss die Regierung die rechtlichen Voraussetzungen für eine inklusive Armee schaffen, indem sie Madhesis, indigene ethnische Gruppen, Dalits,

Frauen und Angehörige aus abgelegenen Regionen gleichermaßen bei der Rekrutierung berücksichtigt. Nach geltendem Recht müssen 55 Prozent der Positionen in freien Auswahlverfahren besetzt und 45 Prozent für Angehörige der oben genannten Gruppen reserviert werden.

### Schlechte Luft und Umweltqualität

In einer vor kurzem veröffentlichten internationalen Vergleichsstudie steht Nepal an drittletzter Stelle hinsichtlich Luftqualität und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Beim *Environment Performance Index* (EPI), der seit 2006 alle zwei Jahre gemeinsam vom Yale Zentrum für Umweltrecht und Umweltpolitik der Yale Universität und dem Zentrum für internationale erdwissenschaftliche Informationsnetzwerke und der Columbia Universität ermittelt wird, lag Nepal an 129. Stelle von 132 Ländern. Schadstoffpartikel in der Luft und die Luftverschmutzung in geschlossenen Räumen werden als Indikatoren zur Messung der Luftqualität in Bezug auf menschliche Gesundheit verwendet. Der EPI bemisst die untersuchten Ländern mittels 22 Leistungsindikatoren, die sich auf zehn Politikfelder beziehen und sowohl Umweltaspekte der öffentlichen Gesundheit als auch der Vitalität der Ökosysteme beinhalten. In der Gesamtbewertung des EPI belegte die Schweiz die Spitzenposition und Nepal den 38. Platz.

### Regierung stellt der hochverschuldeten NOC erneut Kredit bereit

Eine seit Monaten anhaltende Energiekrise erreichte im Februar ihren Höhepunkt. In Kathmandu und anderswo mussten Benzin, Diesel und andere Ölprodukte rationiert werden oder waren wochenlang überhaupt nicht erhältlich. Auch Propangas war nicht mehr verfügbar, Familien konnten keine warmen Mahlzeiten mehr kochen, viele kleinere Restaurants mussten schließen. Nepal benötigt 4,2 Millionen Zylinder Gas im Monat, verfügbar waren jedoch nur 1,5 Millionen. Die Frustration war/ist allenthalben spürbar. Hintergrund für die Verknappung der ölbasierten Produkte ist die hohe Verschuldung der *Nepal Oil Corporation* (NOC). Hierfür ist eine Kombination von Gründen verantwortlich, zu denen gestiegene Weltmarktpreise, nicht an diese Realität angepasste, subventionierte Preise für Benzin, Diesel und Gas, Misswirtschaft und Korruption innerhalb der NOC gehören. Die Regierung hatte angesichts der akuten Krise die Preise für Ölprodukte im Januar zunächst drastisch erhöht, sah sich aber angesichts anhaltender Studentenproteste gezwungen, einen Teil der Preiserhöhung

wieder zurück zu nehmen, so dass NOC weiterhin diese Produkte unter dem Einkaufspreis verkauft. Nachdem die Indische Ölgesellschaft IOC ihre Lieferungen an NOC wegen unbezahlter Rechnungen eingestellt hatte, beschloss die Regierung in einer Krisensitzung, der NOC kurzfristig einen neuen Kredit in Höhe von zwei Milliarden Rupien für den Import von Ölprodukten zu gewähren. Dies wird jedoch die Probleme der NOC nicht nachhaltig lösen können. Deren Schuldenberg ist inzwischen auf ca. 24 Milliarden Rupien (ca. 240 Millionen Euro) gewachsen.

### **Lehrerstelle wurde an meistbietende Bewerberin vergeben**

An einer Schule in Morang Distrikt ist eine frei gewordene Stelle an die meistbietende Bewerberin vergeben worden. Gita Niraula bekam vom Schulmanagementkomitee den Zuschlag für die Anstellung, nachdem sie die Zahlung von 200.000 Rupien zugesagt hatte. Eine weitere Bewerberin soll 175.574 Rupien geboten haben, kam jedoch bei dem teuren Zahlwettbewerb nicht zum Zuge. Die Bewerber waren im Rahmen des Bewerbungsprozesses aufgefordert worden, eine freiwillige Spende zu leisten, falls sie die Anstellung erhielten. Dies sei zuvor öffentlich bei einer Schulversammlung angekündigt worden, an der Vertreter/-innen des Schulmanagementkomitees, des Lehrer- und Elternverbandes sowie politischer Parteien anwesend waren.

### **Ziegeleien vernichten fruchtbare Erde**

Das Kathmandutal verliert durch unkontrollierte Abgrabungen der dort ansässigen 117 Ziegeleien jährlich mehr als 217.000 Kubikmeter fruchtbaren Mutterboden. Dies geht aus einer kürzlich vom Ministerium für Landwirtschaft und Kooperativen (MoAC) durchgeführten Studie hervor. "Um einen Ziegel herzustellen, benötigt man mindestens 0,001856 Kubikmeter Erde. Wenn eine Ziegelei im Jahr durchschnittlich eine Millionen Ziegel produziert, benötigt sie dafür 1.856 Kubikmeter Erde. Bei 117 Ziegeleien werden zur Herstellung von 117 Millionen Ziegeln also etwa 217.000 Kubikmeter fruchtbaren Bodens abgetragen", erklärte MoAC Sprecher Dr. Hari Dahal bei der Präsentation der Ergebnisse. Da die Ziegeleien ihre Produktionszahlen nicht veröffentlichen, beruhen diese Angaben auf konservativen Schätzungen. Das tatsächliche Ausmaß der Bodenzerstörung liegt vermutlich weit höher. Der Verband der Ziegelindustrien etwa geht davon aus, dass die durchschnittliche Produktionskapazität einer Ziegelei bei 4,8 Millionen Einheiten (Ziegel) im Jahr liegt. Dies würde bedeuten, dass der Bodenverbrauch fast

fünffach höher liegt, als in der MoAC Studie angenommen. Neben Gesundheitsbelastungen durch Abgase, Rußpartikel und Staub wird durch die unregulierte Ziegelproduktion auch die Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion im Kathmandutal zunehmend negativ beeinträchtigt.

### **CIAA untersucht massive Abholzung in Westnepal**

Ein vorläufiger Bericht der Antikorruptionskommission CIAA kommt zu dem Ergebnis, dass allein in Dadelhdhura Distrikt (Westnepal) in den letzten Monaten 200.000 Kubikfuß Holz im Marktwert von ca. 60 Millionen Rupien illegal gefällt wurde. Der aktuelle Preis pro Kubikfuß Bauholz liegt z.B. in Kathmandu bei 4000 Rupien. Nachdem die Regierung im Mai 2011 einen 11-monatigen Bann über den Abschlag und Verkauf von Holz aufgehoben hatte, wurden von dort innerhalb kürzester Zeit erneut in staatlichen und Gemeindewäldern Hunderte von Bäumen gefällt und zum Verkauf abtransportiert. Die illegale Abholzung sei in engem Zusammenspiel von lokalen Politikern, Waldnutzerguppen, Unternehmern und Forstbeamten erfolgt. Die Regierung hatte den vorübergehenden Stopp verfügt, nachdem es bereits in den Jahren 2009 und 2010 unter dem damals zuständigen Minister für Waldwirtschaft Deepak Bohara bereits zu massiven illegalen Abholzungen in 14 Terai und Inner-Terai Distrikten gekommen war. Das CIAA Inspektionsteam traf in den Distrikten Dadelhdhura und Kanchanpur auf 25 Lastwagenladungen mit Bauholz, die im Wald zum Abtransport bereit standen, illegal im Wald errichtete Sägewerke und eine 15 Kilometer lange Straße, die zum Schmuggel und Abtransport der gefällten Bäume errichtet wurde, und hat Ermittlungen gegen 22 Personen eingeleitet, darunter auch leitende Forstbeamte.

### **UCPN (Maoisten) will YCL Mitglieder finanziell entschädigen**

Nach Protesten des militanten maoistischen Jugendverbands *Young Communist League* (YCL) und heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen hat die Führung der UCPN (Maoisten) entschieden, ehemalige PLA-Kämpfer/-innen, die zum Aufbau der YCL und zur Vorbereitung des urbanen bewaffneten Kampfes abkommandiert worden waren, aus der Parteikasse finanziell zu entschädigen. Die Betroffenen sollen Abfindungen in ähnlicher Höhe erhalten, wie sie den freiwillig ins Zivilleben überwechselnden registrierten Ex-Kombattant/-innen zustehen. Diese erhalten offiziell zwischen 500.000 und 800.000 Rupien. Da es sich um Hunderte, wenn nicht Tausende ehemalige

PLA Mitglieder handelt, die in die 2007 gegründete YCL eintraten (die angesehene Tageszeitung Republica nennt die Zahl 6500!), dürfte es für die Partei sehr teuer werden, dieses Versprechen in die Tat umzusetzen. Neben ideologischen Flügelkämpfen innerhalb der UCPN (Maoisten) tritt der innerparteiliche Streit ums Geld anlässlich der Verabschiedung der Ex-Kombattant/-innen immer mehr in den Vordergrund. So sollen zahlreiche ehemalige Kämpferinnen nach der Scheckvergabe unter Druck gesetzt worden sein, einen Teil der ihnen zustehenden Abfindungen an ihre Vorgesetzten bzw. die Partei abzuführen. Einigen wurden gar ihre Schecks weggenommen.

### Streit ums Geld in der UCPN (Maoisten)

Der größere Skandal betrifft allerdings den Verdacht, dass die maoistische Parteiführung in den vergangenen Jahren mehr als drei Milliarden Rupien veruntreut hat, die eigentlich zur Versorgung der Ex-Kombattant/-innen vorgesehen waren. So hatten die PLA Kommandanten einen Teil dieser Gelder einbehalten bzw. an die Partei abgeführt, pro Person 1.000 Rupien monatlich, die angeblich zum Aufbau eines Versorgungs-Fonds

verwendet werden sollten. Allein daraus ergibt sich ein Betrag von 1,14 Milliarden. Dann hat die Partei für fast 2.500 Ex-Kombattant/-innen, die bereits die Lager verlassen hatten, bis zum Schluss deren monatliche Zahlungen kassiert, das ergibt weitere 1,34 Milliarden. Auch bei der Beschaffung (Lebensmittel für die Kantinen etc.) soll die Partei mit Kommissionszahlungen verdient haben, nach konservativen Berechnungen insgesamt 600 Millionen. Allein diese Posten machen 3,18 Milliarden Rupien aus, deren Verbleib nicht geklärt ist. In dem besagten Fonds befindet sich nur noch ein Bruchteil dieses Betrags, was die Parteiführung gegenüber ihrer Basis und insbesondere gegenüber den Ex-Kombattant/-innen in Erklärungsnot bringen dürfte.

### Finanzieller Anreiz für Heirat zwischen den Kasten

Die Regierung hat entschieden, Paaren, die sich für eine Heirat über Kastenschranken hinweg entscheiden, weiterhin einen finanziellen Zuschuss in Höhe von 100.000 Rupien zu gewähren. Das Kabinett fasste einen entsprechenden Beschluss, um die Heirat von Angehörigen der Dalitkaste mit Nicht-Dalits zu fördern.

## Internationale Migration als Wirtschaftsmotor

Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten sind für die Familien zu Hause eine wichtige finanzielle Unterstützung.

Emanuel Marin Gerth

**Auch in Nepal gehen viele Menschen ins Ausland, um mehr Geld zu verdienen und damit ihre Familien zu unterstützen. Nach offiziellen Angaben erhielten im Jahr 2001 in Nepal 32 Prozent aller Haushalte Rücküberweisungen aus dem Ausland – Geld, auf das die Familien angewiesen sind. Doch die Migranten im Ausland schufteten oft unter sehr schlechten Bedingungen und noch ist unklar, welche Auswirkungen die lange Abwesenheit von Familienmitgliedern auf die Familien hat.**

In Zeiten, in denen Europa und Nordamerika hauptsächlich damit beschäftigt sind, sich selbst zu retten, helfen sich die Menschen in den Ländern des Südens selbst. Und dies mit einer effizienten Entwicklungshilfe, die es durch internationale Hilfsorganisationen nie geben könnte. Das Geld geht auf direktem Weg

an die Menschen. Keine Verwaltung, keine Antragsstellung und keine teuren Experten. Wie das?

Die Weltbank schätzt, dass die Summe der Rücküberweisungen von Migranten und Migrantinnen, die überwiegend innerhalb der Länder des Südens migrieren, in ihre Heimatlän-

der die offiziell geleistete Entwicklungshilfe um annähernd das Dreifache übersteigt.<sup>1</sup> Nach offiziellen Angaben wurden im Jahr 2010 weltweit 440 Mrd. US\$ von Migrantinnen und Migranten in ihre Heimatländer überwiesen.<sup>2</sup> Allein 325 Mrd. US\$ davon gingen in die Länder des Südens.<sup>3</sup> Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt